"Der Courier"

Organ der deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd.
M. E. v. Amerongen, Redakteur.
Joseph Oberhoffner, Geschäftsführer.
Geschäftslokal:
1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon: — Tag: 3391 — Nacht: 2131.
Abonnementspreis: im Voraus zahlb.

Inland.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
Mittwochausgabe (12—32 Seiten stark)	$3.00	$1.50	$.75	[illegible]

Ausland. — Vereinigte Staaten und Europa.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
Mittwochausgabe	$4.00	$2.00	$1.00	$.50

Reklamen kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht, usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 50 Cents; für jede weitere Insertion 35 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig 90 Cents; für jede weitere Insertion 70 Cents.

The Aim of the Foreign Language Newspaper of Canada

To help preserve the ideals and sacred traditions of this, our adopted country, the Dominion of Canada; To revere its laws and inspire others to respect and obey them; To strive unceasingly to quicken the public's sense of civic duty; In all ways to aid in making this country greater and better.

"Hic Rhodus, hic salta"

„Hier ist Rhodus, hier springe"

Die Geschichte des Altertums erzählt uns, daß sich zu den Festspielen der Stadt Rhodus ein großtuerischer Preisspringer eingestellt hatte, der durch seine angeblichen Leistungen im Springen den Sieger der olympischen Spiele in den Schatten zu stellen prahlte. In anderen Städten, so behauptete er, habe er dies vollbracht. Die Bewohner der Stadt Rhodus, des Prahlens des vermeintlichen Künstlers überdrüssig geworden, verlangten mehr als Worte; sie bestanden auf die Ausführung der in Aussicht gestellten Glanzleistung, in dem sie dem Prahler zuriefen: „Hic Rhodus, hic salta!" „Hier ist Rhodus, hier springe!"

An jenen Mundhelden erinnern uns, eingedenk der sich von Tag zu Tag stets mehr zuspitzenden traurigen Weltlage jene, die mit dem Schicksal von Völkern und Nationen spielten, gleich unreifen Kindern, welche Kartenhäuser bauen, um sie, wie es eben nur die mutwillige Laune eingibt, wieder umzublasen. Soll aber nicht alles in einem bunten Wirrwarr herumliegen bleiben, dann müssen diese Karten wieder ordnungsmäßig zur Seite gelegt werden. Ebenso hat sich bei den Meisten, unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse, wenn auch reichlich spät, die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß wieder Ordnung geschafft werden muß. Seit Jahr und Tag, zieht man von einer Konferenz zur anderen, feilschend, schachernd und hadernd. Einmal wird jedoch der Tag kommen, an dem man wieder reinen Tisch machen muß und zwar vor allem die Alliierten unter sich. Mit der ewigen Kompromißpolitik, bei der man irgend ein Loch zustopft, um ein größeres aufzureißen, schafft man in dem todkranken Europa keine Ordnung. Alle ohne Ausnahme beteuern ihre ehrlichen Friedensliebe; den Beweis jedoch sind sie schmählich schuldig geblieben. Wer von den vermeintlich Großen, wie Lloyd George, Briand, Poincare, Harding u. s. w. hätte den Mut gehabt von der Revidierung des Versailler Schmachwerkes offen und mannhaft zu reden, oder sie gar zu verlangen? Die Völker, Besiegte wie Sieger, lauschen nun schon mehr als drei Jahre den falschen Sirenentönen von Friede, Wiederaufbau, Demokratie und Abrüstung. Wahrlich, man hat genug getäuscht und gelogen.

„Hic Rhodus, hic salta!"
„Hier ist Rhodus, hier springe!"

Die Konferenz in Genua.

Abgesehen von der Zusage Griechenlands, Rußlands und einiger anderer mehr, ist in der letzten Woche wenig über die Konferenz in Genua verlautet. Eine David Lloyd George nahestehende Zeitung berichtete zwar, daß die Konferenz selbst ohne Frankreichs Beteiligung stattfinden würde. Poincare besteht auf der Ausschaltung jeglicher Erörterungen politischer Natur. Von Rom kam der positiven, letztwöchentlichen Versicherungen entgegen, daß die Konferenz unter allen Umständen am 8. Februar beginnen würde, die Meldung, über eine dennoch mögliche Verschiebung. Das Schweigen gefällt uns nicht. Genua kann nur zum Erfolg werden, wenn sich sämtliche größeren Mächte, beseelt vom aufrichtigsten Friedenswillen, am Konferenztische niederlassen. Das Fortbleiben Frankreichs allein, würde sämtliche Abmachungen illusorisch machen. Auch hier bewahrheitet sich mehr wie je die Tatsache, daß das Wirtschaftsleben der Staaten und besonders der westeuropäischen aufeinander angewiesen ist, wie die rechte Hand auf die linke. England und ganz besonders Frankreich wird hier, zum erstenmal in offenen Verhandlungen ihren besiegten und verdemütigten ehemaligen Gegnern gegenüber, mehr wie hinreichend Gelegenheit geboten sein, ihre friedlichen Absichten in die Tat umzusetzen oder sich erneut von dem internationalen Tribunal der Gerechtigkeit Lügen gestraft zu sehen.

„Hic Rhodus, hic salta!"
„Hier ist Rhodus, hier springe!"

Genua wird sich aber nicht allein mit dem Wiederaufbau Europas zu befassen haben, es wird auch eine weitere Etappe im

Kampfe um die Vormachtstellung

Europas, ja sogar Asiens bilden. Es gehörte mehr wie kindliche Naivität dazu, an die Fortbestehung der einstmaligen englisch-französischen Waffenbrüderschaft glauben zu wollen. Jene Waffenbrüderschaft, den der lose Mörtel eines listig, gemeinsamen Hasses gegen ein aufblühendes Germanentum vorrübergehend zusammengefügt hatte, jene Waffenbrüderschaft, der das Kainsmal gegenseitigen, wenn auch wohlgehüteten Mißtrauens, geboren aus den unlautersten Absichten, die jeder für sich hegte, schon in der Wiege aufgedrückt war, jene Waffenbrüderschaft endlich, die in offene Feindschaft auszubrechen droht.

Man wird sich daran erinnern, daß vor einigen Wochen neben Lloyd George der englische Kolonialminister Churchill die Konferenzoffensive ergriffen hat und zwar unter einem großen Weltverständigungsgedanken. Churchill forderte damals zum Wiederaufbau der Welt nicht mehr und nicht weniger, als ein Bündnis Amerika-Japan und England für den Stillen Ozean und ein Bündnis Frankreich-Deutschland und England für Europa. Nach Churchill wäre nur so die Ordnung der Welt wieder herzustellen. Dieser selbe Churchill hatte Lloyd George nach Cannes begleitet und den beiden reiste zum Zwecke der Regelung der Orienfrage Lord Curzon nach. Die englischen Pläne für Cannes werden jetzt etwas deutlicher erkennbar. Warum forderte Churchill dieses Bündnis? In einer Triple-Entente Japan-Amerika und England werden das Mißtrauen und die Mißgunst zwischen Amerika und Japan zumal unter englischer Nachhilfe so groß sein, daß die Engländer den gewinnenden Dritten bilden und somit die Hegemonie im Stillen Ozean erreichen könnten. Nach demselben Rezept soll auch Europa regiert werden. In dem Dreiverband Deutschland-Frankreich-England würde zwischen Deutschland und Frankreich das Mißtrauen fortleben, zumal unter dem von den Engländern herangezogenen Plan einer militärischen Neutralisierrung der Rheinlande. Also auch in Europa will England die Hegemonie erlangen. Um die Erreichung dieses Zieles hätte in Cannes gekämpft werden, und schließlich um dieses Zweckes willen war England bereit, auf einen Teil seiner Reparationsansprüche zu verzichten. Die französischen Staatsmänner haben dieses gewaltige Ziel um die Macht erkannt. Auch Frankreich kämpft um die Hegemonie in Europa. Frankreich hat als Gegensatz gegen die englischen Pläne weitestgehende Rüstungsforderungen, namentlich auf maritimem Gebiete (U-Boote) aufgestellt, und zwar wird es sich diese Forderungen nur dann abhandeln lassen, wenn es Konzessionen auf dem Wege zur Erreichung der europäischen Hegemonie erhält. Die französischen Regierungschefs sind gute Geschichtskenner. Das heutige Frankreich erweist sich als gelehriger Schüler des Korsen. Briand hat mit den Kemalisten in Angora einen Vertrag abgeschlossen, der den Engländern ein Dorn im Auge ist und um dessen Aufhebung sie alle Hebel in Bewegung setzen. Man hatte den griechischen Ministerpräsidenten Gunaris und Lord Curzon nach Cannes geschickt, lediglich um diesen Vertrag aus der Welt zu schaffen. Der Einfluß Frankreichs in der sogenannten kleinen Entente, der bald vielleicht auch Polen und Litauen angehören werden, wächst, und es ist kein Zufall, daß der tschechische Außenminister Benesch mit Deutsch-Oesterreich eine Art Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen hat, der demnächst auch zwischen Jugoslawien und Deutsch-Oesterreich zur Verwirklichung gebracht werden soll. Damit schließt sich der Kreis der Staaten, die Frankreich mehr oder minder hörig sind, und die Behauptung, daß Frankreich auf dem Wege Paris-Straßburg-München-Prag-Wien-Budapest-Belgrad (Bukarest) Adrianopel-Konstantinopel-Angora-Syrien-Palästina hinzielt, hat manches für sich. Frankreich will sich einfach militärisch den Landweg nach dem Orient sichern.

Hierzu kommt, daß sich mit Briands Sturz die Lage bedeutend verschlechtert hat. Kennzeichnend für die in gewissen diplomatischen Kreisen herrschende Auffassung über die Ziele des neuen Premierministers ist folgendes Wort, das dem Pariser Botschafter einer Großmacht zugeschrieben wird und am Tage nach Briands Sturz unter den Pariser Korrespondenten auswärtiger Blätter die Runde machte: „Ein Regiment Poincare bedeutet Krieg — heute genau wie vor acht Jahren. Er ist heute ebenso unvermeidlich wie damals."

An diese düstere Voraussetzung knüpft ein augenscheinlich mit den Verhältnissen genau vertrauter Journalist nachstehende Betrachtung: „Es steht fest, und kein französischer Militär leugnet die Tatsache, daß Frankreichs Rüstungen nicht Deutschland gelten. Deutschland ist nur mehr ein willkommener Vorwand. Niemand ist hier so dumm, als daß er Deutschland noch zu einem Krieg gegen Frankreich befähigt hielte: die zahllosen Offiziere, die jeden Winkel Deutschlands durchstöbern, waren in der Lage, die vollkommene Abrüstung festzustellen. Erst kürzlich wies ein bedeutsamer Artikel in der France Militaire auf diese Tatsache hin. Frankreich braucht seine Armee, um sie an ganz anderen Punkten anzusetzen: vorläufig dient sie als ausgezeichnetes Drohmittel, das den französischen Ansprüchen den nötigen Nachdruck verleiht.

Gerade in allerletzter Zeit überschreitet in Paris die Hetze gegen England alles Dagewesene. Sie beschränkt sich nicht mehr auf die Witzblätter, die nationalistischen Zeitungen und Zeitschriften, die Kabaretts von Montmartre, wo Engländersatiren eigentlich zu allen Zeiten in der Mode waren: auch die Regierungsblätter schlagen heute diesen Ton an. „England in allen Ecken und Enden der Welt Frankreichs Feind!" so lautet die Parole. Es hat daher keinen Zweck, von einem englisch-französischen Einverständnis in London zu sprechen; dieses Einverständnis wird ebensowenig kommen wie ein französisch-deutsches im Jahre 1912".

In England werden solche Wutausbrüche mit steigender Besorgnis verfolgt und zur Kenntnis genommen, aber der Engländer ist viel zu klug, mit gleicher Münze heimzuzahlen, solange er nicht die Macht, seine Worte in die Tat umzusetzen, hinter sich fühlt. Und diese Macht ist nicht vorhanden; Frankreich hat das Heft in den Händen und macht von seinen Mitteln rücksichtslosen Gebrauch, nicht nur gegen das wehrlose Deutschland, sondern in gleichem Maße gegen das schwer um sein Bestehen ringende britische Weltreich. Eine englische Wochenschrift faßt die Lage, in die Großbritannien für den Fall eines Krieges mit Frankreich geraten würde, in einem Kassandraruf, dunkelster Klangfärbung auf, dessen Hoffnungslosigkeit ganz besonders sich in den Schlußworten offenbart:

„Französische Kanonen sind heute auf Dover gerichtet, die gewaltige französische Luftflotte wäre in der Lage, London innerhalb weniger Stunden in Schutt und Asche zu legen, während die starke Unterseebootsflotte jeden englischen Angriff auf französische Häfen abzuwehren imstande ist. Unter ihrem Schutze wird es den Franzosen auch nicht schwer fallen, gewaltige Landungstruppen an die englische Küste zu werfen: England hat den napoleonischen Schrecken wahrlich noch nicht vergessen, und es dürfte heute schwer fallen, nach Belieben eine europäische Koalition gegen Frankreich zustande zu bringen."

So schwankt das Zünglein der europäischen Machtwage und fast will es den Anschein haben, als ob es sich zu Gunsten Frankreichs neigen wollte. Sich aber jegliche Gefühle der Dankbarkeit hinwegsetzend, insofern England in erster Linie es war, welches Frankreich im Herbst 1914 vor der Niederlage rettete, wäre letzteres gemäß seiner traditionellen Welteroberungsgelüste im Stande das gallische Kriegsschwert auf die Wage zu werfen und dem britischen Löwen über den Kanal die Worte hinüberzurufen:

„Hic bellum; hic salta!" „Jetzt ist Krieg, jetzt mache Dich fertig."

England

hat aber auch noch andere Sorgen. Lloyd George hat zwar, wie er bei jeder Gelegenheit versicherte, stets das Gute gewollt, aber das Schlechte nicht verhindert. Seiner Politik ist die Erstarkung Frankreichs und die Schwächung Englands zu verdanken; die Saat von Versailles ist aufgegangen. Bis zum Jahre 1914 hatte man es mit einem sich friedlich ausdehnenden Deutschland zu tun, das in Grund und Boden getreten wurde. Heute steht man dem jahrhundert alten, bis an die Zähne bewaffneten, in nächster Nähe lauernden Erbfeinde Frankreich gegen über, der zum Sprung bereit, den Dreizack aus Britannias Hand winden möchte. Dem biederen, bei manchen Gelegenheiten etwas vorlauten deutschen Vetter Michel machte man den Garaus, die falsche Marianne zur mächtigen Todfeindin.

Die Zahl der Arbeitslosen hat nicht abgenommen, die englische Industrie, die stolze Kauffahrteiflotte liegen zum Teil still. Das englische Budget weist ein Riseendefizit auf, die Kohlengruben können nicht mit den deutschen konkurrieren. Indien und Aegypten gleichen Vulkanen, deren ungefesselte, elementare Ausbrüche alles unter sich zu begraben müßten. Die schnellste Lösung beider Probleme wäre die Gewährung einer sachgemäßen Konstitution, die je schneller, desto besser gegeben, den Ländern wieder Ruhe brächte. Keine zivilisierte Nation vermögte die Erhebung eines nach hunderten von Millionen zählenden Volkes wie dem der Indier zu verhindern oder gar zu unterdrücken. Kenner der Lage sprechen ihre Befürchtungen offen aus, die die Eingeborenen als ursprüngliche Herren des Landes den verhaßten Weißen eines Tages ihre Ausweisungspässe zustellen werden, indem sie sagen: „Hic India, hic salta!" „Dies ist unser Indien und Du lauf!"

Frankreich.

ist finanziell selbst in übler Lage, zum guten Teil freilich durch seine eigene Schuld. Es hat nicht gewagt, mit seiner Sparsamkeit und mit einer auch gegen die eigenen Volksgenossen entschiedenen, sachlichen Gerechtigkeit den Wiederaufbau zu organisieren; es hat nicht vermocht, die angebotene deutsche Arbeiter- und Sachgut-Leistung in einem angemessenen Umfange nutzbar zu machen — zum guten Teil aus innerpolitischen und innerwirtschaftlichen Rücksichten. Frankreich leidet aber auch unter seiner schweren Kriegsverschuldung gegenüber Großbritannien und vollends gegenüber den Vereinigten Staaten. Keine französische Regierung hat es bis heute gewagt, die Steuermaschine derart in Bewegung zu setzen, daß auch nur einige Aussicht auf Ausgleich des Budgets ohne unmäßige deutsche Zahlungen denkbar wäre. Man hat die französische Bevölkerung bis heute in dem Glauben gelassen, daß Deutschland „alles" zahlen könne und werde — noch heute findet kein französischer Staatsmann den Mut, das französische Volk zu nüchterner Betrachtung der Sachlage aufzufordern und auf den Weg der materiellen Notwendigkeiten und Möglichkeiten zu leiten. Wehe den verantwortlichen französischen Ministern, denen der harte Gang der Ereignisse eines Tages die Lügenmaske der deutschen Zahlungsunfähigkeit dem französischen Volke gegenüber vom Gesicht reißen wird. Soweit hat man es verstanden das Volk mit den Märchen von den deutschen goldenen Bergen immer wieder einzuschläfern. In dem neuen Budgetplan, der jetzt bekannt geworden ist, wird weder der Zurückzahlung der Schuld noch der Zinszahlung in irgend einer Weise Rechnung getragen. Dabei aber wirft der Plan für Rüstungs- und Verteidigungszwecke Frankreichs 4,553,000,000 Franken aus.

Herr Poincare sucht sich und anderen Leuten vorzureden, es sei „eine Propaganda", die Frankreich als imperialistisch darstellt. Er geruht zu übersehen, wie es wirken muß, wenn der französische Haushaltsplan für Armee und Flotte das Geld mit vollen Händen hinauswirft, der amerikanischen Verschuldung aber mit keinem Sterbenswörtlein gedenkt. Wozu noch kommt, daß es Frankreich war, das eben in Washington in anmaßender Weise sich irgend welchen Armee-Abrüstungsplänen widresetzte, und dann, um allem die Krone aufzusetzen, erwartete, Amerika werde auch noch die Kosten der Delegaten zur Konferenz tragen.

Der Tag muß kommen, an dem das aus seinen Illusionen gerissene Volk Rechenschaft von seinen kriegshetzerischen Führern verlangen und sagen wird: „Hic Gallia, hic salta!" „Hier ist Frankreich; jetzt haltet eure Versprechungen!"

Oesterreich und die Tschechei

Das Kabinett Schober, das gestern resignierte, hat sich bewegen lassen, weiter zu dienen und die Minister sind wieder im Amt, jedoch mit einigen Aenderungen. Kanzler Schober hat das Innere übernommen, und Dr. Leopold Hennet, der bisherige Ackerbauminister, ist vorläufig Minister des Aeußern geworden. Das Kabinett trat gestern zurück, weil die Alldeutschen sich von der Koalition, durch die Kanzler Schober eine Mehrheit im Parlamente hinter sich hatte, zurückgezogen hatten. Die Spaltung wurde durch die Verträge mit der Tschechoslowakei vreursacht, die gestern abend in geänderter Form angenommen wurden.

Anläßlich des Steigens der Preise für Nahrungsmittel und Heizmaterial werden neue Unruhen in Wien befürchtet. Die Zivilangestellten, die höhere Löhne forderten, veranstalteten eine Kundgebung, aber es ging alles in Ruhe zu. Am nächsten Tage gewährte ausgabe von 3,500,000,000 Kronen monatlich bedeutet. die Regierung die Forderungen, was für sie eine Mehr-

Das ist natürlich nur ein Notbehelf, denn wie lange der unerträgliche politische und wirtschaftliche Zustand noch andauern kann, weiß kein Mensch. Die proponierten tschechischen Kredit-Verhandlungen sollen aber nunmehr durch die tschechischen Forderungen, daß das österreichische Salz- und Tabak-Monopol der Tschechei als Garantie überantwortet und daß tschechische Schulen in 20 österreichischen Ortschaften eröffnet werden müßten, wesentlich erschwert worden sein. Diese Forderungen haben an der Börse und in politischen Kreisen erhebliche Aufregung hervorgerufen, denn sie verlangen nichts anderes, als die Auslieferung der österreichischen Monopole an Böhmen.

Rußland.

Nikolaus Lenin, der Premier des Soviets, ist zum Chef der russischen Delegation zur Wirtschafts- und Finanzkonferenz in Genua ernannt worden. Die Bedeutung der russischen Beteiligung an der kommenden Konferenz, ob diese in Genua tagt oder nach einem anderen Orte verlegt wird, läßt sich nicht überschätzen. Sie bestätigt die Anerkennung der russischen Regierung, gegen welche sich Frankreich so sehr sträubte. Wenn auch der Soviet sich zur wirtschaftlichen Veränderungen verstehen mußte, so sind dieselben Führer am Steuer geblieben. Rußland ist das einzige große Land, das völlig außerhalb des unheilvollen Kreises des Versailler Vertrages steht, seine Vertreter können daher ungeachtet der Hungersnot und sonstiger wirtschaftlicher Mißstände im eigenen Lande ein großes Gewicht gegen die Alliierten in die Wagschale werfen. Und wenn auch hinsichtlich der auswärtigen Politik der Sovietleiter wenig Sicheres bekannt ist, so steht soviel fest, daß Deutschlands Stellung auf der bevorstehenden Zusammenkunft durch die russischen Abgesandten wesentlich gestärkt werden muß. Denn ungeachtet der Aenderungen im russischen Wirtschaftssystem trat in der Haltung der Bolschewikileiter, welche der alliierten Raubpolitik schroff gegenüber steht, kein Wechsel ein und einen solchen könnte sich selbst Lenin nicht leisten. Die Vertreter der russischen Regierung müssen als Gegner des Versailler Vertrages erscheinen und die Bemühungen auf eine Revision unterstützen. Darum ist die bevorstehende Konferenz durch Rußlands Mitwirkung die erste derartige internationale Zusammenkunft welche einen Erfolg in Hinsicht auf die Gesundung von Europa und auch von Amerika verspricht.

Diese Führer arbeiten u. a. auf einen engeren Anschluß mit den Ver. Staaten, deren Stellung man zu würdigen weiß: So wie die europäische Kontinentalpolitik in bedeutendem Maße von England und Frankreich beherrscht wird, so ist für die Weltpolitik die nordamerikanische Union tonangebend, deren Einfluß sich keine der Weltmächte entziehen kann. Das Komitee der Allrussischen Kooperativ-Gesellschaft, das in Berlin über die Lieferung von deutschen Schiffen für das Hilfswerk unterhandelt, hat jetzt kundgetan, daß seine nächsten Bemühungen sich auf die Beschaffung einer Anleihe in den Ver. Staaten für die Soviet-Regierung richten werden. Auch sollen Unterhandlungen zwecks Wiederanknüpfung des Handels zwischen England und Rußland eingeleitet werden, hauptsächlich aber wird man sich um die Förderung des Handels mit Deutschland bemühen.

Die Anwesenheit der Russen in Berlin hat in deutschen Handelskreisen beträchtliches Interesse hervorgerufen. Deutsche Reederfirmen, besonders die in der Ostsee, beschäftigen sich mit der Frage, ob Herbert Hoover als Leiter der amerikanischen Hilfswerkadministration, die Verwendung von deutschen Schiffen für den Transport von Nährmitteln wegen ihrer billigen Frachtraten, im Vergleich zu den amerikanischen Tonnagegebühren und denen anderer Länder, zulassen werde. Der Vorsitzer des Komitees, Tschinczuk, erklärt: „Wir sind mit einer Anzahl deutscher Kooperativ-Gesellschaften, Export- und Importhäuser, sowie mit Vertretern der deutschen Regierung in Verbindung getreten und wir haben einen Plan ausgearbeitet, welcher durch monatliche Lieferungen bestimmter Mengen russischen Ueberschußmaterials wichtige Beziehungen zwischen beiden Ländern voraussichtlich fördern wird." Die Notwendigkeit der Lieferung von Ackergeräten an die russischen Landwirte wurde von dem Vorsitzer besonders hervorgehoben. Er fügte hinzu, dem Komitee, obwohl es im Auftrage einer Privatorganisation handelt, stehe die volle moralische Unterstützung der Sovietregierung zur Seite.

Not und Tod wüten in Rußland unaufhaltsam weiter. Wir verweisen besonders auf die Korrespondenzen und diesbezügl. Artikel unserer heutigen und nächster Nummer und bitten bei dieser Gelegenheit das Hilfswerk unterstützen zu wollen, einerlei wie gering die Gabe sein möge. Hast du viel, gib viel. Hast du wenig, gib wenig, aber, um Gottes Willen gib etwas.

Italien.

Das Kabinett Bonomi hat resigniert. Nach kaum sechsmonatlicher Existenz sahen sich die Minister isoliert. Selten noch sind sämtliche Parteien ohne Ausnahme so einstimmig unzufrieden mit ihrem Ministerium gewesen als in Rom. Verantwortlich hierfür gelten die innere als auch die äußere Politik. Im Augenblick, da wir zur Presse gehen, kabelt Rom, daß wahrscheinlich der Expremier Orlando vom Könige mit der Neubildung eines Kabinetts betraut werden wird.

Die sonst so wichtigen Ereignisse in Verbindung mit der begonnenen Papstwahl wurden zum Teil durch den Fall des Kabinetts Bonomi überschattet.

Deutschland.

Die deutsche Regierung hat die Gutmachungs-Kommission benachrichtigt, sie habe unter dem Zehntag-Plan weitere 31 Millionen Goldmark bei verschiedenen Banken zum Kredit der Kommission hinterlegt. Die erste Zahlung von 31 Millionen Goldmark unter dem Plan erfolgte am 18. Januar.

Deutschlands Antwort auf die Aufforderung der Wiedergutmachungs-Kommission, in einem Programm festzustellen, auf welche Weise die deutsche Regierung ihren Reparationsverpflichtungen nachkommen will, wurde der Kommission zugestellt. In der Note wird ausgeführt, daß die deutsche Regierung der, bei der Konferenz des Obersten Rates in Cannes getroffenen Vereinbarung gemäß, welche Ratenzahlungen alle zehn Tage bestimmte, einen Betrag von 31 Millionen Goldmark in verschiedenen Banken deponiert hat. Das Dokument begreift, wie in Erfahrung gebracht wurde, eine Begleitnote und verschiedene Anhänge in sich, in welch letzteren die proponierten Steuerreformen und die Garantien für die Gutmachungszahlungen dargelegt werden. Wie verlautet, erklärt sich Deutschland bereit, während des laufenden Jahres 500 Millionen Goldmark in bar zu zahlen und für Sachleistungen im Wert von anderthalb Milliarden Mark aufzukommen.

Ungeheures Aufsehen verursachte die vor einigen Tagen im Washingtoner Senat von Borah über Deutschland gehaltene Rede. Er erklärte, daß „Schlüssel der europäischen Politik die wirtschaftliche Vernichtung des deutschen Volkes sei". Er sagte weiter, „solange der Vertrag von Versailles das Gesetz Europas bleibe, würden die Ver. Staaten keinen Erfolg bei ihrem Versuch haben, eine zufriedenstellende Adjustierung der Schulden des Auslandes an sie durchzusetzen, und jeder Beistand, den sie irgend einer europäischen Nation in der Zwischenzeit zu leisten versuchten, nur wenig helfen."

Der Senator erklärte, wenn eine Revision des Vertrages von Versailles vorgenommen würde, und wenn die alliierten Nationen ihre Armeen auch nur bis zu einem vernünftigen Umfang reduzierten, dann würden sie nicht allein imstande sein, die fälligen Zinsen ihrer Schulden an die Ver. Staaten zu zahlen, sondern sie würden dann einen Teil des Kapitals abtragen können. Unter den jetzigen Verhältnissen könne niemand sagen, wann die schuldnerischen Nationen mit der Zahlung der Zinsen beginnen könnten. Senator Borah fügte hinzu, daß die Ver. Staaten, solange in Europa die jetzige Politik befolgt würde, „berechtigt seien, die Frage der Schulden der Alliierten auf einer reinen Geschäftsbasis zu behandeln."

Hinsichtlich der Lage Deutschlands und der von den Alliierten dem deutschen Volke gegenüber befolgten Politik erklärte Senator Borah wörtlich: „Deutschland kann nach meiner Ansicht den Schadenersatz nicht zahlen, der von ihm verlangt wird, und solange Versuche gemacht werden, Deutschland zu zwingen, den ganzen Schadenersatz zu zahlen, wird auch die augenblickliche wirtschaftliche Not in Europa andauern.

„Es ist nicht die Furcht vor der deutschen Armee, von der Frankreich und andere Nationen sich leiten lassen. Sie glauben, daß ihre Sicherheit von der Vernichtung Deutschlands abhängt, und nach diesem Ziele steuern sie hin."

Wollte Gott, es gäbe noch ein Dutzend Männer wie dieser klarsehende Senator. Gar bald stände es um die arme Welt besser.

Der Eisenbahnstreik begann am 1. Februar. Die Regierung erließ darauf eine Warnung an die Eisenbahner. Der Streikbeschluß wird als ungesetzlich erklärt, Leute welche die Arbeit verweigern oder andere hierzu anreizen, werden mit Gefängnis oder Geldbußen bis zu 50,000 Mark bestraft. Der Verkehrsminister ist zu allen nötigen Maßnahmen ermächtigt, um die Fortdauer des Betriebes zu sichern.

General Le Rond hielt beim Empfang mehrerer einflußreicher polnischer Führer, die ihm für seine „besonders wohlwollende und unparteiische „Handlangerdienste" gegenüber den Ansprüchen der oberschlesischen Schulen" dankten, eine Rede, in der er betonte, daß es ihm eine Freude sei, sein großes Ziel gegenüber Polen und Oberschlesien erreicht zu haben. Oberschlesien sei „deutsch" und habe daher polnisches Eigentum werden müssen. Die Erfüllung der ihm von der Gerechtigkeit diktierten Aufgabe sei ihm angesichts des gegen ihn von deutscher Seite ins Werk gesetzten Verleumdungsfeldzuges nicht leicht gewesen, aber es sei gelungen, dank der tatkräftigen Unterstützung, die ihm von polnischer Seite zuteil geworden sei, wofür er den Führern des polnischen Oberschlesien besonders danke. Ein edeles Gespann: „Le Rond und Korfanty", das zur „glücklichen" Lösung des oberschlesischen Problems so viel beitrug. Wie „glücklich" diese Lösung sich in der Wirklichkeit stellt, geht aus folgendem hervor: Laut einer Depesche aus Gleiwitz wurden in Petersdorf, Schlesien, als französische Soldaten Häuser nach Waffen durchsuchten, bei einem Schußwechsel mehrere französische Soldaten und deutsche Bürger getötet oder verwundet. Die alliierte Kommission hat jede Nacht zwischen 8 und 5 Uhr morgens einen Belagerungszustand verhängt.

Die gemeinsame Deutschenwut vereinigte einstmals Frankreich mit England. So unbeständig das unnatürliche Bündnis von Dauer war, ebenso wenig wird sich das noch gekünsteltere mit Polen erhalten. Gewiß, die Besiegten stöhnen augenblicklich unter der tyrannischen Willkür der Sieger.

Die Geschicke der Völker jedoch stehen deshalb nicht still, nein sie sind steten Veränderungen unterworfen. Es wird und muß der Tag kommen, an dem die Faust einer allgerechten Vorsehung an die Tore dieser übermütigen Siegerstaaten in Form veränderter Umgestaltungen donnern wird, mit der Aufforderung:

„Hic Rhodus, hic salta!"
„Rüste Dich und zeige, was Du kannst."

Die Weltgerechtigkeit

Von Adolf Goetz, Hamburg.

Auf dem Balkan begann der Krieg, auf dem Balkan wird er einmal endgültig sein Schicksal finden. Hier geht die Politik aller europäischen Länder zuschanden. Und alles drängt darauf hin, daß der Balkan Rußland zur Mitarbeit und Entschließung auf den Plan ruft.

England muß in dieser Zeit, die sich freilich über einige Jahre hinstrecken kann, die Erfahrung machen, daß es zu Katastrophen führen muß, wenn man ins Schicksal gewordener Länder eingreift, um es zugunsten diktierter Staaten völlig zu verändern. Welch ein unruhiges, unorganisches, sich stoßendes und sich verkrampfendes Gebilde ist der Balkan jetzt geworden. Freilich erst, nachdem die in Geographie so unwissenden wie aber sonst anmaßenden „Großen Vier" seine Grenzen und sein Schicksal zu bestimmen sich anmaßten. Wilson, Lloyd George wollten geographische Organismen trotz ihrer Unwissenheit umgestalten. Und an die Stelle des Wissens setzten sie, wie immer es in solchen Fällen geschieht, die verbohrte Verbissenheit der Kenntnislosen. Das ließen sich wohl die ebenso unwissenden Berichterstatter gefallen, jedoch nicht die Länder, deren Schicksal gespielt werden sollte. Die Angorafrage schien allmählich zur überbalkanischen Streitfrage sich auswachsen zu wollen. England und Frankreich waren und blieben die Interessenten, für deren Zwecke sich Griechen und Türken zu schlagen hatten. Siegten die Griechen, dann wurden die französischen Sorgen lang, bekam der Türke die Oberhand, dann spielte Frankreich seine Trümpfe aus. Die französische Außenpolitik ist jetzt um vieles gerissener und für Frankreich geschickter als die englische. England ist in der Angorafrage zunächst dupiert worden. Ob es auf der Zickzacklinie Lloyd Georges sich gegen die französische Aspiration in Angora noch einmal wird durchsetzen können, darf jetzt billig bezweifelt werden. England muß es zu empfinden lernen, daß es fortgesetzt an Frankreich Kriegskosten zu zahlen hat. Es gibt eben nach, weil in ihm keine Kraft vorwärtstreibt. England hat Frankreich allzu mächtig werden lassen. Ueberall in der ganzen Welt findet es heute Frankreich als „Nachbarn" und Wettbewerber. Nun ist der wirtschaftliche Wettbewerb Frankreichs auf die Dauer wirklich niemals ernsthaft zu fürchten, und zuletzt wird der gigantische französische gloire-Karneval auch seinen grauenvollen Aschermittwoch finden. Wie jeder Staat, in dem ein durch Siege völlig verblendeter Militarismus herrscht.

Die Oberschlesienfrage hatte für einige Zeit das Interesse der „Weltgrößen" von den französischen Unterströmungen in Angora abgelenkt. Als England die Augen öffnete, war es zu spät.

Inzwischen hatte sich Frankreich, geistig, rassig und politisch der ebenbürtige Bundesgenosse des Polen, auch die oberschlesische Hypothek durch tschechische Schieberhilfe gesichert. Aber die „gelöste" Frage Oberschlesien beschleunigt nur den Auflösungsprozeß der Entente. Die Meinung eines oberschlesischen Parlamentariers, daß bei der versuchten Lösung dieses Problems der Vertrag von Versailles zerrissen werden müßte, beginnt Wahrheit zu werden. Darüber helfen auch die allergeschicktesten Mitteilungen der Entente nicht hinweg, daß er sich bei der oberschlesischen Frage längst nicht mehr nur um die Zuteilung zu Deutschland oder Polen handelte. Hier geht es jetzt um die Macht- und Kraftprobe zwischen England und Frankreich, um die Existenz der Entente überhaupt. Glaubt denn ein Mensch in der Welt, daß Frankreich eine Entscheidung anerkannt hätte, die ihm nicht die Durchführung seines dunkeln Spiels gestattete? England weiß es, daß sich Frankreich an den Beratungstisch wegen Oberschlesiens wie ein Fälscher und Betrüger setzte. Es hatte schon vorher seine Entscheidung zugunsten Polens verkauft. Früher hätte England einen solchen Beratungspartner mit Fußtritten vom Tisch gejagt. Aber Lloyd George hatte sich nur zu oft dem französischen Diktat unterworfen, um jetzt noch handeln zu wollen, wie es England verlangte.

Deutschland muß jetzt die Lösung der Oberschlesien-Frage erleiden. Wir müssen Geduld haben. Und wenn es uns auch tausendfach dazu reizt, diesen gewaltigen Betrug in die Welt hinauszuschreien, so müssen wir doch Geduld haben. Esetai hemar! Es kommt der Tag, denn er muß kommen.

Es regen sich überall Kräfte, um nun Rußland zu helfen. Der Hunger, die Unmöglichkeit auch für die Sovietkommissare, selbst durch gewaltsame Requisition auch nur so viel erraffen zu können, daß der eigene Hunger gestillt werden kann, beschleunigt den notwendigen Lauf der Dinge. Vielleicht folgt in Rußland jetzt erst noch einmal eine völlig ungehemmte Anarchie, aber auch sie wird nur aufhalten können, sonst nichts. Und es muß in unserer Zeit noch das Wiederstehen Rußlands sich vollziehen, sobald in Rußland selber sich auch die Kräfte hervorwagen. Der Anfang ist gemacht. Soviet beginnt, seine mittelalterlichen

(Fortsetzung auf Seite 12.)